



Rechtsausschuss

18. Sitzung (öffentlich)

8. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung (s. Anlage)

5

Vorsitzender Dr. Robert Orth kündigt an, unter „Verschiedenes“ dem Minister das Wort zu einem von der Fraktion Die Linke gewünschten Bericht zu dem Thema „Verlegung der Frauen aus der Abschiebehaftanstalt Neuss nach Büren“ zu geben.

1 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

6

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

(s. a. APr 15/228)

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss verständigt sich in Anwesenheit aller Fraktionen darauf, auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss zu verzichten.

2 Unsere Polizeibeamten schützen – auch linksextremistische Gewalt muss entschieden bekämpft werden! **7**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2861

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Diskussion

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

3 NRW schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt (s. Anlage) **10**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1196

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation, da der Ursprungsantrag durch den nicht im mitberatenden Rechtsausschuss, sondern erst bei der abschließenden Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss zur Abstimmung stehe, wesentliche Veränderungen erfahre.

4 Verschiedenes **11**

a) Verschwinden eines Gemäldes, vorgeblich eines Renoir, aus der Verwahrung der Staatsanwaltschaft Essen **11**

Bericht des Ministers

b) Verlegung der weiblichen Abschiebehäftlinge aus dem Hafthaus Neuss der JVA Düsseldorf in die JVA Büren (s. Anlage) 15

Bericht des Ministers

Diskussion

c) Informationsfahrt nach Brüssel 19

Der Ausschuss bestätigt die im Obleutegespräch gefundene Verständigung, die Informationsfahrt nach Brüssel auf den 20./21. März 2012 zu terminieren.

* * *

1 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1312

(s. a. APr 15/228)

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss verständigt sich in Anwesenheit aller Fraktionen darauf, auf ein Votum an den federführenden Innenausschuss zu verzichten.

